



Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa
des Landes Schleswig-Holstein | Postfach 71 45 | 24171 Kiel

Frau Astrid Höfs
Vorsitzende des Europaausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages

im Hause

Ihr Zeichen: /
Ihre Nachricht vom: /
Mein Zeichen: II 401
Meine Nachricht vom: /

Thomas Pfannkuch
e-mail: thomas.pfannkuch@jumi.landsh.de
Telefon: 0431 988-2109
Telefax: 0431 988-612-2109

25. September 2006

Schleswig-Holsteinischer Landtag □
Umdruck 16/1261

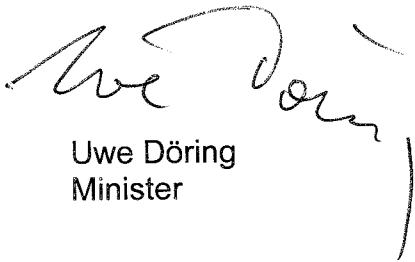
Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

vom 15. bis 18. August 2006 habe ich der schleswig-holsteinischen Partnerregion Kaliningrad einen Besuch abgestattet. Ziel dieses Besuches war, die mit Antritt der Regierung des neuen Kaliningrader Gouverneurs Georgi Boos abgebrochenen politischen Kontakte zu erneuern. Gleichzeitig wollte ich mir auch in Gesprächen mit vor Ort aktiven deutschen Repräsentanten einen eigenen Eindruck über die aktuellen Entwicklungen im Gebiet Kaliningrad verschaffen.

Für mich durchaus überraschend war der ökonomische Aufschwung, der zumindest den Verdichtungsraum rund um die Stadt Kaliningrad eindrücklich prägt. Damit einhergehend tritt die gegenwärtige Gebietsregierung erkennbar selbstbewusst auf und spricht sich für die Weiterentwicklung der mit Schleswig-Holstein seit 1999 bestehenden Zusammenarbeit auf „gleicher Augenhöhe“ aus. Ob und in welcher Form dieses gelingen wird – auch angesichts der durchaus konstatierbaren Orientierung der Kaliningrader Politik und Wirtschaft auf das russische Kernland – , wird in weiteren Gesprächen auf Arbeitsebene auszuloten sein.

Zu Ihrer Unterrichtung übersende ich Ihnen anliegend einen zusammenfassenden Bericht über Inhalt, Erkenntnisse und Ergebnisse meiner Reise. Ich hoffe, dass dieser Bericht auf Ihr Interesse stoßen und möglicherweise auch für die Arbeit des Europaausschusses von Interesse sein wird.

Mit freundlichen Grüßen



Uwe Döring
Minister

Anlage: 1

**Reise von Europaminister Döring
nach Kaliningrad
(15. bis 18. August 2006)**

Vom 15. bis 18. Juni stattete Europaminister Döring einen politischen Besuch im Gebiet (*oblast*) Kaliningrad ab. Anlass und Ziel der Reise war, die politischen Kontakte zu der seit Ende 2005 völlig umstrukturierten Gebietsregierung aufzubauen, mit der Schleswig-Holstein seit Februar 1999 über ein „Memorandum über die regionale Zusammenarbeit“ partnerschaftlich verbunden ist. Angesichts des zeitlichen Aufwands einer Reise nach/von Kaliningrad musste dabei ein Termin gewählt werden, der kurz nach Ende der Sommerpause lag. Die politischen Gespräche fanden dementsprechend auf russischer Seite unter einschränkenden Bedingungen statt.

Zu den Gesprächspartnern zählten u.a. Konstantin Poljakow (stellv. Präsident der Gebiets-Duma), Frau Natalia Scherri (Bildungsministerin), Frau Lilia Maximowa (stellv. Leiterin der Internationalen Abteilung der Gebietsregierung), Dr. Stephan Stein (Vertreter der Deutschen Wirtschaft in Nordwest-Russland), Dr. Guido Herz (Deutscher Generalkonsul in Kaliningrad), Peter Wunsch (Direktor des Deutsch-Russischen Hauses in Kaliningrad) und Nikolaj Belovol (stellv. Leiter der Außenstelle des russischen Außenministeriums in Kaliningrad). Zur Begleitung von Minister Döring zählte auch Frau Prof. Schmidt-Kärner, Vorsitzende des Vereins JuWiNoKa („Förderverein für Jugendbildung und Wirtschaftskontakte Norddeutschland – Kaliningrad“).

Gesamteindruck

Das Erscheinungsbild zumindest im Stadtgebiet Kaliningrads und in den ostsee-nahen Touristenorten hat sich in den vergangenen Jahren nachhaltig gewandelt. Zahlreiche Bauvorhaben, bunte und belebte Straßen, aber auch der optische Eindruck von Passanten sprechen für eine Aufbruchstimmung in diesem russischen Gebiet, das sich grundlegend von dem tristen Grau vergangener Jahre unterscheidet. Erkennbar profitiert Kaliningrad vom aktuellen Boom der gesamt-russischen Wirtschaft. Nicht übersehen werden darf dabei jedoch, dass diese Entwicklung die ländlichen und peripheren Teile des Gebiets Kaliningrad bislang nur kaum erreicht hat.

Immer wieder wird die besondere Lage Kaliningrads im Ostseeraum und in unmittelbarer Nähe EU-Europas positiv herausgestellt. Zugleich greifen Kaliningrader auch offiziell beim Bemühen um den Aufbau einer eigenen regionalen Identität auf die deutschen bzw. ostpreußischen historischen Wurzeln zurück. Stellvertretend hierfür stehen die wieder hergerichteten Stadttore Königsbergs, die umgangssprachlich verwendete Bezeichnung „Keenig“ für das Gebiet oder der Königsberger Dom, der nach jahrelangen mühsamen Restaurierungsarbeiten Anfang September in neuem Gewand wieder der Öffentlichkeit übergeben wird.

Bemerkenswert ist die **ökonomische Entwicklung** in Kaliningrad: Überwiegend private Investitionen mit Kapital aus Kern-Russland lassen zahlreiche Hotels, Supermärkte oder Wohnsiedlungen entstehen. Dieser Kapitalzufluss hat dazu geführt, dass die Arbeitslosigkeit in Kaliningrad derzeit geringer als in benachbarten Regionen Litauens und Polens ist. In der Bauwirtschaft sind bereits Unternehmen aus anderen Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR, aber auch aus der Türkei tätig. Insgesamt besteht derzeit nach Schätzungen der Gesprächspartner ein Fehlbedarf von bis zu 60.000 qualifizierten Facharbeitskräften, vor allem in der Bauwirtschaft.

Dieser Kapitalzufluss ist allerdings in manchen Bereichen auch rein spekulativer Natur, beispielsweise beim Grundstückserwerb. Zudem stammt er vorwiegend aus russischen Großkapitalquellen, sodass sich bislang weiterhin kaum eine mittelständische Wirtschaft in Kaliningrad entwickelt hat. Gleichwohl führt dieser Boom dazu, dass sich die Wirtschaft Kaliningrads, die früher beinahe schon flehend nach Westen gesehen hat, heute selbstbewusst und nahezu ausschließlich in Richtung Kern-Russland orientiert.

Im Bereich **Außenwirtschaft** ist nach übereinstimmenden Einschätzungen die ökonomische und politische Integration Kaliningrads ein starkes Ziel auch der neuen Regierung Boos. Nach Angaben des Vertreters der Deutschen Wirtschaft stellen jedoch Korruption und mangelhafte technische Ausstattungen bei den Einfuhrkontrollstellen ein großes Hindernis für den Handel dar. Das neue Investitionsgesetz, das Anfang 2006 das bisherige Gesetz über die „Sonderwirtschaftszone Kaliningrad“ abgelöst hat, stellt mit seiner Grundanforderung einer Mindestinvestition von 5 Millionen € binnen drei Jahren eine Hürde dar, die Kaliningrad für kleine und mittlere Unternehmen uninteressant macht. Größere deutsche Unternehmen zieht es eher in andere Teile Russlands, während in Kaliningrad vor allem russische Großunternehmen von den Sonderregelungen des Investitionsgesetzes Gebrauch machen.

Hinweisen auf Großvorhaben, mit denen Kaliningrad zu einer Art **Drehscheibe im russisch-europäischen Transport- und Reiseverkehr** gemacht werden sollen, ist nach Einschätzungen deutscher Gesprächspartner in Kaliningrad mit Vorsicht zu begegnen. Dies gilt z.B. für den Ausbau des Hafens Baltijsk zu einem Knotenpunkt im Europa-Russland-China-Handel, für das Projekt eines Frachtflughafens oder für Pläne der Fluggesellschaft „Kaliningrad Avia“, den Kaliningrader Flughafen Khrabrovo mit weiteren inner-russischen Fluglinien zu einem Drehkreuz im russisch-europäischen Flugverkehr zu machen.

Im **politischen Bereich** hat sich im Vergleich noch zum Beginn des Jahres 2005 in Kaliningrad ein **grundlegender Paradigmen-Wechsel** vollzogen. Der im September 2005 auf Vorgabe Moskaus gewählte Gouverneur Georgij Boos gilt gemeinhin als „der starke Mann“, der mit einer Reihe von aus Moskau mitgebrachten Ministern und Abteilungsleitern die Verwaltung des Gebiets auch auf mittlerer Ebene in weiten Teilen umstrukturiert und personell ausgetauscht hat. Mit einem Erwartungsdruck, der mitunter die Kapazitäten der Verwaltung erheblich überfordert, zieht der Gouverneur Entscheidungen an sich und will Veränderungen binnen kürzester Zeit durchsetzen. Kritiker werfen ihm jedoch vor, dass er die unter seinem Vorgänger Jegorow begonnenen Reformen unnötig ad acta gelegt habe, zu wenig Wert auf nachhaltige Entwicklung und Veränderung lege und mit seiner „Moskauer Mannschaft“ zu sehr auf Mittel der früheren „Kommandowirtschaft“ zurückgreife.

Als neues, politisch relevantes Thema scheint sich das „**Repatriierungsprogramm**“ zu entwickeln, mit dem Präsident Putin Russen aus ehemaligen UdSSR- bzw. GUS-Staaten, aber auch aus anderen Teilen der Welt für eine Rückkehr nach Russland gewinnen will. Mit Hilfe von u.a. Wohnraum- und Arbeitsvermittlungsangeboten will Russland über dieses „nationalpolitische“ Angebot offenkundig vorrangig qualifizierte Arbeitskräfte gewinnen, um dem Bedarf der russischen Wirtschaft begegnen zu können. Gemessen an der realen Misere vor allem im Wohnungsbereich im Kaliningrader Gebiet, erscheinen die von Kaliningrader Gesprächspartnern genannten Zahlen („bis zu 500.000 Menschen in einigen Jahren“) überaus unrealistisch. Dennoch dürfte das Thema russischer Zuwanderung in den kommenden Jahren auf der politischen Agenda der Kaliningrader Gebietsregierung stehen.

– Sowohl als Eindruck aus den Gesprächen mit Vertretern der Kaliningrader Seite als auch aus den Gesprächen mit dem deutschen Generalkonsul und Dr. Stephan Stephan Stein genießt **Schleswig-Holstein** einen besonderen Ruf als „**Freund Kaliningrads**“. Unabhängig von der formal bestehenden Partnerschaft mit der Gebietsregierung sind es vor allem die vielen privaten, kommunalen und sonstigen Beziehungen,

Partnerschaften und Projekte, die im Gebiet Kaliningrad den Ruf Schleswig-Holsteins als Partner und Brücke zu Deutschland und Europa aufrecht erhalten. Von mehreren Gesprächspartnern wurde wiederholt die Bitte geäußert, in diesen Anstrengungen nicht nachzulassen.

Unabhängig von den vorgenannten einschränkenden Bewertungen, die sich auch aus den geführten Gesprächen ergeben, ist dennoch festzustellen, dass auf Grund der aktuellen Entwicklung des Kaliningrader Gebiets das „**Kaliningrad-Bild**“, das sich auch in Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren zu dieser Partnerregion des Landes verfestigt hat, dringend einer Renovierung bedarf.

Zusammenarbeit mit der Gebietsregierung Kaliningrad

Kurzfristig musste die Leiterin der Internationalen Abteilung in der Gebietsregierung, Frau Silvia Gurova (bis Ende 2005 Vize-Bürgermeisterin der Stadt Kaliningrad), auf Vorgabe des Gouverneurs ins Ausland reisen. In ihrer Vertretung unterstrich die stellvertretende Abteilungsleiterin, Frau Lilia Maximova, erkennbar im Auftrag des Gouverneurs das starke Interesse der Partnerregion Kaliningrad an einer Fortsetzung und Vertiefung der Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein.

Vereinbart wurde die Erarbeitung eines **Arbeitsprogramms**, für das für 2007 bis Ende November 2006 beide Seiten ihre Interessen und Vorschläge auf Arbeitsebene zusammenzutragen und abgleichen sollen. Die Kaliningrader Seite nannte hierfür die Bereiche Wirtschaft, Landwirtschaft, Tourismus, Umwelt und Kultur und wies darauf hin, dass im Rahmen der Umsetzung des „föderalen Zielprogramms“ (der russischen Regierung) derzeit mehrere Projekte in Vorbereitung seien, die für eine Beteiligung schleswig-holsteinischer Partner geöffnet werden könnten.

Zugleich böten das EU-Programm TACIS, dessen Nachfolgeprogramm ENPI oder das Ende 2006 auslaufende Programm INTERREG III B Ostsee (und dessen Nachfolgeprogramm „Ziel 3“ ab 2007) weitere Finanzierungsquellen. Mit Blick auf den Bereich berufliche Ausbildung, der für die Kaliningrader Wirtschaft zu den Kernproblemen zählt, wies Bildungsministerin Scherri darauf hin, dass derzeit zwei Projekte („Ressourcententren“) in Vorbereitung seien, die aus TACIS bzw. dem – hier bekannten – „Nachbarschaftsprogramm“ der dänischen Regierung finanziert werden sollen.

Bestätigt wurde durch die Gespräche erneut, dass die Kooperationen, die zwischen Schleswig-Holstein und Kaliningrad **außerhalb des unmittelbaren Zuständigkeitsbe-**

reichs der Gebietsregierung stattfinden, wenig bis keine Aufmerksamkeit seitens des offiziellen Kaliningrader Partners (Gebietsregierung) erfahren. Dies gilt z.B. für die Kooperation der Universitäten, im Bereich Landespolizei – Miliz oder für das Agrarprojekt der Phytologischen Fakultät der Universität Kiel.

Zugleich wurde deutlich, dass die Verwaltung des Gebiets erkennbar unter Druck des Gouverneurs steht und sich primär „inner-russisch“ orientiert. So sind z.B. die „Sozialprogramme“, die von der Verwaltung in konkrete Projekte für 2007 umzusetzen sind, derart unterfinanziert, dass für jedes Projekt 60 Prozent der erforderlichen Mittel von „Sponsoren“ einzuwerben sind. Wirtschaftlich ist eine alles überwölbende Orientierung auf die Märkte Kern-Russlands und deren Bedingungen und Vorgaben unverkennbar. In der Folge dürfte die Erwartungshaltung, aber auch die Umsetzungsfähigkeit der Kaliningrader Gebietsregierung an/für ein Arbeitsprogramm „SH – Kaliningrad 2007“ nicht allzu hoch einzuschätzen sein.

Vereinbart wurde, dass nach 15 Jahren partnerschaftlicher Hilfe die Kooperation in eine **neue Phase der Zusammenarbeit** überführt werden solle, deren Maxime „partnerschaftlich, gleichberechtigt und zum beiderseitigen Vorteil“ lautet. Erste Schritte sollen eine in Aussicht genommene **Wirtschaftspräsentation Kaliningrads in Schleswig-Holstein** (Frühjahr 2007?) in Verbindung mit einem Besuch des Kaliningrader Gouverneurs sowie die Fortsetzung des Hospitationsprogramms junger Kaliningrader Verwaltungsmitarbeiter in SH sein; angeboten wurde auch eine Hospitation im Hanse-Office in Brüssel. Für weitere Vorhaben bzw. Handlungsfelder wird das MJAE auf Arbeitsebene an die Fachressorts sowie weitere Akteure in SH zugehen.

Hiervon unberührt sind Kooperationen, die Schleswig-Holstein mit **staatlichen Stellen im Kaliningrader Gebiet** pflegt, z.B. im universitären Bereich oder zwischen der Landespolizei und der Kaliningrader Miliz. Ob hier Hinweise, dass die „Kaliningrader Staatliche Immanuel Kant Universität“ den Aufbau einer Medizinischen Fakultät plane, Ansatzpunkte für weitere künftige Kooperationen bieten kann, wird in weiteren Gesprächen zu sondieren sein.

Die vom Ministerpräsidenten bereits zweimal an Gouverneur Boos ausgesprochene **Einladung zu einem politischen Besuch in Schleswig-Holstein** wurde wiederholt.

Deutsches Generalkonsulat, Visaregelungen

Der heutige deutsche Generalkonsul in Kaliningrad, Dr. Guido Herz, ist erkennbar in Kaliningrad „angekommen“. Nachdem sein Gründungsvorgänger, Dr. Cornelius Sommer, seit Ende 2003 vor allem das Generalkonsulat aufgebaut und dessen Akzeptanz vor Ort aufgebaut hatte, konzentriert sich Dr. Herz seit Oktober 2005 vor allem auf die Etablierung konsularischer Dienstleistungen und die Vertiefung deutsch-russischer Beziehungen im Gebiet Kaliningrad.

Noch immer allerdings residiert das Deutsche Generalkonsulat in seiner provisorischen Unterkunft im „Gästehaus Albertina“. Ein Gebäude für die definitive Etablierung des Generalkonsulats ist mittlerweile erworben worden, wird aber auf Grund der notwendigen Renovierungsarbeiten und Herrichtungen nicht vor **Ende 2007 / Mitte 2008 bezugsfertig** sein.

Mit Blick auf die erschwerten Bedingungen der Visa-Erteilungen für Einreisen nach Deutschland wird das Generalkonsulat voraussichtlich **Anfang 2007 einen vorübergehenden Visa-Schalter in angemieteten Räumen** bereitstellen können. Nachdem bis 2004 Visa-Anträge in der Kaliningrader Außenstelle der Vertretung der Deutschen Wirtschaft zumindest angenommen (und erteilte Visa ausgegeben) werden konnten, müssen seitdem Antragsteller die zeit- und kostenaufwändige Reise zur Deutschen Botschaft nach Moskau in Kauf nehmen, um eine Reise nach Deutschland – Berlin liegt nur 500 km, Moskau hingegen 1.000 km entfernt – vorbereiten zu können.

Mit Blick auf diese Erschwernisse sowie auf die erklärte Zielsetzung, die Begegnung zwischen Russland und Deutschland in den Bereichen Kultur, Wirtschaft, Jugend, zivilgesellschaftlicher Kontakte, aber auch Verwaltung zu erleichtern, warb der Generalkonsul für eine **vollständige Aufhebung der Visumpflicht im russisch-deutschen Reiseverkehr**. Die von einem Visa-Regime erwartete Kontrolle ungewollter Folgen des Reiseverkehrs sei durch aktuelle Entwicklungen bereits erfüllt: Wirtschaftsflüchtlinge seien auf Grund des Wirtschaftsbooms in Russland kaum noch zu erwarten, die organisierte Kriminalität sei trotz des strengeren Visa-Regimes längst in Berlin anwesend und sonstige Vorfeld-Kontrollen seien auch ohne Visa-Regime möglich. Im Ergebnis würde das derzeitige strenge Visa-Regime eher die gewünschten Kontakte und Begegnungen unterbinden als die ungewünschten verhindern.

Über die von russischer Seite oft geäußerte Generalkritik hinaus – ehemalige „Brudervölker“ erschweren seit deren EU-Beitritt den „kleinen Grenzverkehr“ bzw. den ungehinderten Transit von Personen und Gütern zwischen Kaliningrad und Kern-Russland –

wurde bemerkenswert **wenig Kritik an den Visa-Regelungen mit Litauen und Polen** geäußert. Offenbar hat sich die russische Seite auf Kaliningrader Gebiet an die mit der EU-Erweiterung gegebenen Verhältnisse angepasst. Allerdings darf weiterhin nicht übersehen werden, dass z.B. Litauen das Thema Transitverkehr Kaliningrad–Russland weiterhin als Instrument einer „Politik in eigener Sache“ sowohl gegenüber der EU als auch gegenüber Russland nutzt.

Bewertung

Mit der Reise konnte eine Reihe von Kontakten, die zuvor durch umfangreichen Wechsel handelnder Personen in der neuen Gebietsregierung abgebrochen waren, erneuert werden. Zugleich wurde ein deutlicher Wandel der ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen deutlich, an die angepasst eine Erneuerung der Zusammenarbeit angestrebt werden soll. Ein wichtiger Teil dieser Zusammenarbeit wird dabei die Korrektur des auch in Schleswig-Holstein noch immer verbreiteten Kaliningrad-Bildes sein müssen.

Ob und in welchem Maß dies gelingen wird, wird nicht zuletzt von der Kapazität der Kaliningrader Seite abhängen, die unverändert daran festhält, dass Kontakte zur Gebietsregierung ausschließlich über deren Internationale Abteilung, nicht jedoch im direkten Kontakt mit deren Fachabteilungen laufen sollen. Mit der in Aussicht genommenen Wirtschaftspräsentation und der erneuten Einladung an Gouverneur Boos zu einem Besuch in Schleswig-Holstein sind erste Vereinbarungen getroffen worden, denen – eine realistische Erwartungshaltung auf beiden Seiten vorausgesetzt – weitere Vereinbarungen auf Arbeitsebene folgen sollen.

Bestätigt und bestärkt wurde darüber hinaus der Eindruck, dass die vielfältige Präsenz schleswig-holsteinischer Initiativen und Verbände vor Ort einen hohen politischen Stellenwert hat, der im Rahmen sowohl der deutsch-russischen Beziehungen als auch der Ostseekooperation positiv wahrgenommen wird.

Bei der Vorbereitung und Organisation der Reise hat sich erneut die praktische Arbeit des „Hansebüros / Schleswig-Holstein Informationsbüros in Kaliningrad“ bewährt. Über die technische Vorbereitung hinaus gilt dies vor allem für die Vermittlung und inhaltliche Vorbereitung der geführten politischen Gespräche.